

*Stefan Aust*

## **Vortrag Georg August Zinn Preis**

Liebe Familie Zinn, lieber Herr Schäfer-Gümbel, liebe Frau Faeser, lieber Nikolaus Brender, meine Damen und Herren,

Ich möchte mich sehr herzlich und aufrichtig bedanken, dass Sie mir diesen großartigen Georg August Zinn Preis verliehen haben - wenn ich allein an die vorherigen Preisträger denke, weiß ich gar nicht, ob ich in diese Galerie wirklich passe.

Aber jetzt ist es nun mal so, und Nikolaus Brender hat in seiner Rede ja durchaus ein paar brauchbare Argumente dafür ins Feld geführt. Manches auch, was dagegen spricht. Auch dafür Vielen Dank, besonders aus Deinem Mund höre ich das natürlich gern.

Es freut mich ganz besonders, dass Frau Rechtsanwältin Dierbach, die Vertreterin der Angehörigen von Halit Yozgat im NSU-Prozess, anerkennende Worte für unser Buch "Heimatschutz", das ja Teil dieser Auszeichnung ist, gefunden hat. Wie Sie wissen, habe ich das Buch gemeinsam mit meinem Kollegen Dirk Laabs geschrieben - deshalb gehört die Hälfte des Preises ihm.

Ich freue mich also, dass diese Auszeichnung nicht allein für das gegeben worden ist, was man gemeinhin als "Lebenswerk" bezeichnet, das klingt schon ein bisschen wie ein Nachruf, bei dem man das Privileg hat noch zuhören zu können.

Die Geschichte der Mordserie des "Nationalsozialistischen Untergrundes", bei dem Halit Yozgat das 9. Mordopfer war, ist in der Tat ein Anlass, sich auf die Grundlagen des kritischen Journalismus zu besinnen. Es ist fast genau drei Jahre her, als in einem brennenden Camper die Leichen von Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt gefunden wurden - und daneben die Beweise für zehn Morde. Warum zwei Rechtsradikale zu ihrem 14. Banküberfall die Beweise für zehn Morde mit sich führen, erschliesst sich mir bis heute nicht. Und auch sonst ist der Fall alles andere als aufgeklärt, obwohl zwei Untersuchungsausschüsse, einer in Berlin, einer in Erfurt bereits sehr gute Aufklärungsarbeit geleistet haben - die dabei zu Tage geförderten Materialien haben uns bei der Arbeit am "Heimatschutz" sehr geholfen.

Umso wichtiger ist es, dass drei neue Untersuchungsausschüsse, einer in Nordrhein-Westfalen, einer in Hessen - und neuerdings auch einer in Baden-Württemberg - die zentralen noch offenen Fragen aufklären sollen. Wir würden uns freuen, wenn unser Buch daran einen kleinen Anteil gehabt hat. Und wir werden den Fall auch weiter mit Argusaugen verfolgen. Vor allem dem Untersuchungsausschuss hier in Wiesbaden wird dabei eine ganz besondere Rolle zufallen. Es geht dabei um eine einfache, aber möglicherweise entscheidende Frage: War der hessische Verfassungsschutzbeamte tatsächlich, wie er behauptet privat und eher zufällig am Tatort im Internet-Café - oder war er dienstlich dort, worauf vieles hindeutet? Das allerdings würde dann kolossale Fragen darüber aufwerfen, wie nah der Verfassungsschutz den Tätern des NSU tatsächlich war. Das dürfte übrigens aus den Treffberichten des Beamten mit seinem V-Mann, Deckname "Gemüse", hervorgehen. Man darf gespannt sein, ob die noch vorhanden sind - oder aber geschreddert, wie so vieles in diesem Fall.

Ich fürchte, es wird für die Nebenkläger, die Opferanwälte im Münchner Prozess, für die Abgeordneten in den drei neuen Untersuchungsausschüssen - und auch für die kritischen Journalisten in diesem Lande noch eine Menge zu tun geben. Tote Täter sind zwar bequem, aber nicht unbedingt die Lösung eines Falles.

Ich glaube, der NSU-Komplex ist ein Beispiel dafür, was kritischer Journalismus leisten kann und leisten muss: offizielle Versionen zu hinterfragen, ohne sich dabei in Verschwörungstheorien zu verlieren. Dabei ist Hartnäckigkeit erforderlich.

Als ich mich vor nunmehr dreissig Jahren in die Abgründe der RAF vertiefte, warnte mich so mancher Kollege: was soll das denn, das will doch heute keiner mehr lesen. Das war 1985 und das Buch läuft heute noch. Ich habe es bei jeder Neuauflage auf den neuesten Stand meiner Erkenntnisse gebracht. Kritischer Journalismus, ob im Buch, im Film oder in einer Zeitschrift muss auch seine Grenzen kennen. Es ist immer die Momentaufnahme eines aktuellen Recherchestand. Nicht mehr - aber auch nicht weniger.

Ich betreibe das Gewerbe ja schon ziemlich lange, so ziemlich genau 50 Jahre. Dabei war es mir nicht gerade in die Wiege gelegt worden, Journalist zu werden oder es gar zum Chefredakteur eines nicht ganz unbedeutenden Magazins, dem "Spiegel" und dann noch zum Herausgeber einer ebenfalls nicht ganz unbedeutenden Wochenzeitung namens "Die Welt" zu bringen. Dort beim Springer-Verlag, stand ich übrigens mit vielen anderen zusammen schon am Gründonnerstag 1968 vor der Tür. Aber man ließ uns damals nicht herein. 45 Jahre später habe ich dann doch geschafft.

Ich freue mich, dass die Hessische SPD mir das offenbar nicht weiter übel genommen hat.

Auch das Feld der Politik wurde bei uns zu Hause recht wenig beachtet. Stattdessen wurden Runkelrüben angebaut oder Kartoffeln. In späteren Zeiten Äpfel und Sauerkirschen. Wir hatten nämlich einen kleinen Bauernhof, einen ziemlich kleinen, der die Familie mehr schlecht als recht ernährte.

Mein Vater war allerdings zwischen den Kriegen 15 Jahre lang in Kanada gewesen, als Cowboy, Trapper und Hilfsarbeiter. Das weckte in mir so eine Art Abenteuerlust und vor allem Neugier auf die Welt. Ich glaube, diese Skizze meiner Herkunft beschreibt ein wenig die Basis, von der aus ich die Welt betrachte: mit einer gewissen Bodenständigkeit, gepaart mit Neugier und eine Prise Abenteuerlust.

Als die Bundesanwaltschaft 1962 beim "Spiegel" einrückte und Rudolf Augstein in Haft nahm, sagte mein Vater: Sollen sie das Scheissblatt doch verbieten. Gelesen hat er es trotzdem. Glücklicherweise richtete sich damals niemand nach meinem Vater, und er musste dann auch nicht mehr erleben, dass ich dort immerhin 13 Jahre lang den Chefredakteur spielen durfte.

Ich ging in einer kleinen Norddeutschen Stadt zur Schule und engagierte mich dort in der Schülerzeitung. Das hatte einen gewissen Reiz. Man konnte überall hingehen, seine Nase in alles stecken, was einen nichts anging. Konnte beliebig und ohne Folgen alles kritisieren und musste nichts besser machen. Und falsche Einschätzungen gerieten zum Glück nach kurzer Zeit in Vergessenheit.

Ich habe dann nach der Schule – das wie und warum würde hier zu weit führen – bei der linken Zeitschrift „konkret“ angeheuert. Nicht so sehr, weil ich schreibender Journalist werden wollte – da hatte ich bei meiner Schülerzeitung größere Talente als mich selbst kennen gelernt –, sondern weil ich eine Zeitschrift managen wollte – sozusagen als Blattmacher-Nachwuchs.

Das war eine Zeit, in der Journalismus und Politik außerordentlich viel miteinander zu tun hatten. Es war nämlich die Zeit der Studentenbewegung, der APO, also der Außerparlamentarischen Opposition, kurz gesagt: die Sechziger. Alles war politisch, und am schlimmsten – nämlich unpolitisch – war, wenn man nicht alles durch die – linke – politische Brille betrachtete. Unpolitisch zu sein – das war ein Todesurteil. Jeder Journalist hatte politisch, also links zu sein. Wer nicht politisch war, war bestenfalls rechts. Aber das war nicht schlimmer, als eben unpolitisch zu sein.

Ich erinnere mich gut an den verächtlichen Ton, mit dem etwa die Kolumnistin Ulrike Meinhof jeden als unpolitisch abkanzelt, der nicht mit ihr einer Meinung war.

Damals war ja auch das Private politisch, alles war eben politisch. Und wohin das am Ende führte, war an vielen politischen Bewegungen zu erkennen, in denen die Vermengung von Politik und Privatleben Züge eines Sektendasein annahm. Manche dieser Sekten waren eher spirituell,

manche eher mörderisch ausgerichtet. Gemeinsam aber war ihnen das Sendungsbewusstsein, das aus Politik Pseudo-Religion machte. Von manchen Zweigen der Umweltbewegung bis hin zur RAF. Und diese unheilvolle Vermischung von Politik und Religion können wir im Augenblick in besonders brutaler Ausprägung beim IS, dem Islamischen Staat erkennen.

Aus diesen wilden Zeiten von APO, SDS, Jusos, Grüner Umweltbewegung, RAF-Szene, der Bonner und später der Berliner Politik habe ich einige Erfahrungen mitgenommen. Immer so als eine Art teilnehmender Beobachter habe ich mich selbst von allen sektiererischen Strömungen ferngehalten und auch gehörigen Abstand zu den diversen politischen Parteien gehalten. Unpolitisch wie ich war, mochte ich mich keiner politischen oder sonstigen Erweckungsbewegungen anschließen, blieb lieber der skeptische Journalist am Rande. Deshalb konnte ich auch nicht mit spektakulären Positionsänderungen oder gar Bekenntnissen des inneren Wandels aufwarten.

Mein Respekt vor den Größen unserer Politik hält sich in Grenzen. Und das ist nicht nur berufsgeprägt. Durch biografische Zufälligkeiten bin ich vielen der bis heute regierenden Politikern schon begegnet, als sie noch keine so wichtige Rolle gespielt haben. Das lässt den Respekt vor hohen Ämtern nicht den Blick auf die Person und ihre Leistungen vernebeln. Umgekehrt gilt das natürlich ebenfalls.

Der Journalist sollte sich selbst nicht zu wichtig nehmen. Das ganze Gerede über den "Investigativen Journalismus" hat inzwischen leichte Züge eines selbstgebastelten Heiligenscheins. Nicht selten ist es das Glück, etwas ins Haus getragen zu bekommen. Welche investigative Leistung besteht darin, die von Wikileaks zielgerichtet verteilten Dateien entgegen zu nehmen? Welche Recherche ist damit verbunden, sich die von Edward Snowden heruntergeladenen NSA-Internas von dessen Beratern zuteilen zu lassen? Keine Frage: beides musste veröffentlicht werden, beides hat erheblich dazu beigetragen, dass wir die Mechanismen des digitalen Überwachungsstaates erkennen. Verdienstvoll auch, diese Materialien journalistisch aufgearbeitet zu haben. Aber Journalisten dürfen nicht in die Rolle des Schrankenwärters geraten, der glaubt, der Zug kommt, nur weil er die Schranken geschlossen hat.

Die Presse als vierte Gewalt? Darüber machte sich Rudolf Augstein gelegentlich lustig, und er erzählte die Geschichte vom ungarischen Schuster, der einst in einem kleinen Dorf sein Wochenblättchen redigierte und glücklich vor sich hin murmelte: „Was wird der Zar sich am Montag ärgern!“

Und doch freute er sich jeden Samstag nach Druck des „Spiegel“ drauf, „wo der Torpedo am Montag einschlagen würde“.

Rudolf Augstein wollte Öffentlichkeit herstellen, nicht mehr, aber auch nicht weniger. „Sturmgeschütz der Demokratie“ hatte er in jungen Jahren den „Spiegel“ genannt. Das Zitat aber, das seither dem Nachrichten-Magazin als Ehrenmarke anhängt, war durchaus ironisch gemeint und lautet in der Fassung von 1963: „In der Ära Adenauer waren wir das Sturmgeschütz der Demokratie, mit verengten Sehschlitzen. Im ärgsten Kampfgetümmel, wo man uns manche Hafthohlladung appliziert hatte, erreichten wir nicht entfernt die Wirkung wie in dem Moment, da man uns wie mit einem Netz auf den Trockenboden schleppte und die Armierung zu demontieren gedachte.“ Sprich: die größte Wirkung hatte der "Spiegel" als der Staat ihn zerstören wollte. Ein gewaltiger Schuss, der bekanntlich nach hinten losging.

Für mich ist das Prinzip der Aufklärung, wie es Rudolf Augstein praktiziert hat, immer der kategorische Imperativ journalistischer Arbeit gewesen: vor und während meiner Zeit beim „Spiegel“ und auch danach, auch heute bei der "Welt" und der "Welt am Sonntag". Und bei den Büchern und Filmen, die ich mache natürlich ganz besonders.

Augstein hat den Journalismus – und natürlich besonders den „Spiegel“ – nie als politisches Kampfinstrument begriffen.

Der „Journalist“, schrieb er, „hat nicht das Mandat, Wahlen zu gewinnen und Parteien zu promovieren. Er gerät auf die Verliererstraße, wenn er versucht, Kanzler und Minister zu machen, Große oder Kleine Koalitionen zu begünstigen, kurz, wenn er der Versuchung erliegt, Politik treiben zu wollen. Unternimmt er es dagegen, Erkenntnissen zum Durchbruch zu verhelfen und zu sagen, was ist, dann ist er mächtig.“ Das war keine falsche Bescheidenheit, sondern Einsicht in die wirkliche Wirksamkeit der Medien. Und das gilt auch noch heute, in der Zeit der schnellen Internet-Nachrichten und der permanenten Talkshows.

Keine Frage: der Journalismus hat sich durch die digitalen Medien gewaltig geändert. Schnelligkeit geht oft von Gründlichkeit. Und der englische Spruch für Internet-News tröstet da wenig: Never wrong for long.

Kritische Berichterstattung über Regierende jeglicher Couleur führt regelmäßig zu Kampagnenvorwürfen. Kurz vor seinem Waterloo nannte Napoleon den „Rheinischen Merkur“, herausgegeben von Joseph Görres, die „fünfte feindliche Großmacht“. Das fand schon Rudolf Augstein übertrieben, hatte aber Verständnis für die Empfindlichkeiten der politischen Kaste: „Alle Parteien wünschen sich die von ihnen unabhängige Presse vermutlich vom Halse; das ist menschlich.“ Er selbst hatte genug Erfahrungen mit den Kanzlern und Ministern der Republik gemacht.

Helmut Kohl gab dem „Spiegel“ während seiner 16-jährigen Regentschaft kein Interview, was weder ihm noch dem „Spiegel“ nachhaltig geschadet hat. Und Gerhard Schröder entwickelte in der letzten Phase seiner Kanzlerschaft durchaus Kohlsche Züge. Da wurde lieber „Bild“ bei Hofe vorgezogen als der „Spiegel“.

Als die Bundestagswahl dann für Rot-Grün verloren war, begannen sich die Verlierer und ihre journalistischen Parteigänger auf die Medien einzuschließen. „Der Spiegel“ und ein paar andere Blätter hätten die Rot-Grüne Regierung „heruntergeschrieben“ und damit Merkel an die Macht gebracht. Im Kern steckte darin vor allem die Aussage, der „Spiegel“ und die anderen hätten es an parteipolitischer Unterstützung fehlen lassen. Das war in den Augen der publizistischen Machtstrategen natürlich fatal. Man verlässt sich gern auf journalistische Weggenossen: Wer gemeinsam mit der Opposition die Regierenden kritisiert hat, von dem kann man auch erwarten, dass er einem im Regierungsfall zur Seite steht. Ein verbreiteter Irrtum in politischen Kreisen.

Wenn sich dann der Journalist der Instrumentalisierung durch die Regierenden entzieht, steht er plötzlich auf der anderen parteipolitischen Seite. Auch wenn er in Wirklichkeit nur seinem Job nachgeht, nämlich den Regierenden auf die Finger zu schauen.

Das gilt sogar für Elefantenrunden kurz nach der Wahl. Da können Politiker, auch bei suboptimalen Auftritten ihrerseits, durchaus empfindlich reagieren. Und wenn dann ausgerechnet die andere politische Farbe die Wiederwahl eines Fernsehchefredakteurs unterminiert, dann zeigt das nur, dass der Chefredakteur zwischen den Parteipolitischen Stühlen saß – und das ist der beste Platz für kritische Journalisten. Insofern bin ich sehr dankbar dafür, dass ausgerechnet so einer, geradezu der Prototyp des unabhängigen kritischen Journalisten hier heute so freundliche Worte gefunden hat. Danke Nikolaus Brender.

Nun leben wir ja in Zeiten, die so aufregend sind wie seit dem Bau der Mauer, der Kubakrise, dem Mauerfall und 9/11 schon lange nicht mehr. Das ist für Journalisten nicht nur gut. Die Arbeit ist – jedenfalls in den Nahöstlichen Krisengebieten – gefährlicher als jemals zuvor. Kriegsberichtersteller haben schon immer ihr Leben riskiert – dass sie aber systematisch entführt, gegen Lösegeld freigelassen oder aber vor laufender Kamera geköpft werden, ist eine schaurige Entwicklung. Plötzlich sind Journalisten keine mehr oder weniger unabhängigen Beobachter mehr, sondern eine mörderische Waffe im Propagandakrieg. Nicht weniger erschreckend dabei ist, dass viele der entführten und/ oder ermordeten Journalisten freiberuflich im Kriegsgebiet unterwegs waren. Das kann ja nur bedeuten, dass Fernsehanstalten und Verlage, auch in Krisengebieten mehr und mehr mit freien Mitarbeitern arbeiten. Auch keine schöne Entwicklung.

Der kritische Journalismus hat es zunehmend schwerer. Im Internet verdient außer Google niemand. Die Printobjekte, die den Online-Auftritt ihrer Marken durchweg subventionieren, verlieren an Auflage und an Werbeerlösen. Die Folgen sind Kürzungen im redaktionellen Bereich, Zusammenlegung von Redaktionen, Ausflaggen in billigere Tochterunternehmen und am Ende Entlassungen. Und auch die Aufträge, die Öffentlich-Rechtliche Fernsehanstalten vergeben, werden immer knapper finanziert. Für jeden Dokumentations-Sendeplatz steht ein Dutzend Produzenten Schlange. Auch unser Buch "Heimatschutz" war übrigens ursprünglich als Fernsehprojekt gedacht. Vor drei Jahren. Aber wir sind hoffnungsvoll: Ende dieser Woche führen wir ein Gespräch bei einem großen Sender.

Aber wir wollen nicht jammern. Die Neue Zeit hat ja auch ihre Vorteile. Früher war Pressefreiheit, wie es der Publizist Paul Sethe einmal in den Gründerjahren der Republik formulierte, die Freiheit von 200 reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten. Das stimmte schon damals nicht. Es waren deutlich weniger. Die relevanten Medien dieses Landes sind mehrheitlich in der Hand weniger Verlagsgruppen, und beim Privaten Fernsehen sind gerade noch zwei. Aus dem großen Versprechen, kommerzielles Fernsehen würde mehr Vielfalt bedeuten, ist ein Duopol geworden – das sich dazu noch auf eine Zielgruppe spezialisiert hat, die mit halbwegs ernsthaften journalistischen Produktionen nicht viel anfangen kann oder will. Die Abstimmung am Kiosk findet heute mit der Fernbedienung statt. Und doch bin ich durchaus optimistisch.

Heute, und das ist die gute Nachricht, braucht man nicht unbedingt einen Verlag, eine Druckerei, eine Vertriebsorganisation oder einen gewaltigen Fernsehsender, um seine Inhalte zu verbreiten. Das Neuland Internet kann im Prinzip von jedem beackert werden. Niemand kann sicher sein, dass diejenigen, die über Jahre vorn waren, auch in Zukunft vorn bleiben werden. Wie die Annäherung und Verflechtung von Print, Online und Fernsehen einmal aussehen wird, ist zur Zeit noch nicht wirklich auszumachen. Da zerbrechen – und manchmal zerschlagen sich – Verlagsmanager und Redaktionen die Köpfe, setzen auf eine imaginäre Zukunft und vergessen dabei, wo im Augenblick immer noch das meiste Geld verdient wird. Als würde die Automobilindustrie in der berechtigten Erwartung, dass die Zukunft dem Elektro-Mobil gehört schon mal vorsorglich die Benzin- und Dieselmotoren verschrotten. Keine Frage: dem Internet gehört die Zukunft, es gibt gewaltige Entwicklungsmöglichkeiten für Verlage und damit natürlich auch für Journalisten – auch und gerade für kritische Journalisten. Das Internet als gigantischer Supermarkt der Informationen muss ja nicht unbedingt dazu führen, dass jeder interessierte Zeitgenosse permanent auf der Suche nach einzelnen Informationen ist. Der Supermarkt, bei dem man sich die Zutaten für jedes Menü einkaufen kann, hat auch auch nicht zum Untergang der Restaurants geführt.

Es wird also auch in Zukunft Redakteure geben müssen, die ein Menü zusammenstellen können, an dessen Qualität sich der Leser oder Zuschauer gewöhnt, und für das er vielleicht irgendwann bereit ist, Geld auszugeben.

Denn in Wirklichkeit haben wir es ja weniger mit einer Medienkrise zu tun als mit einer Krise der Finanzierung derselben. Bevor meine frühere Konkret-Kollegin Ulrike Meinhof die Schreibmaschine mit der Kalaschnikow austauschte, sagte sie: Zeitschriften sind Unternehmungen, die Anzeigenraum verkaufen als Ware, die durch den redaktionellen Inhalt absetzbar wird. Das war ziemlich kapitalistisch gedacht. Aber es stimmte auch: Journalismus hat sich noch nie über sich selbst finanziert, sondern immer vor allem durch Werbung. Und die hat inzwischen ihren eigenen Weg gefunden: als Anzeigenportale für Immobilien, Autos, Stellenangebote. Und die großen Konzerne wenden sich auch direkt per Online-Auftritt an den Kunden. Man braucht den Journalisten nicht mehr, um seine Ware zu verkaufen. Das ist das Problem. Also wird der Journalismus selbst das Produkt sein müssen, für das jemand freiwillig Geld ausgibt. Und da gibt es wirklich viel zu tun.

Die Zeit des kritischen Journalismus, den eine Gesellschaft braucht um zu erkennen und zu verstehen, was in der Welt passiert ist noch längst nicht vorbei.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit – und natürlich noch einmal und von ganzem Herzen für den Georg August Zinn Preis.

